

// PRESSEINFORMATION //

GEW fordert mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik

Bildungsgewerkschaft formuliert ihre Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnt im Hinblick auf die Koalitionsverhandlungen, die heute von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP aufgenommen werden, mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik an. Zu den Kernforderungen, die die Bildungsgewerkschaft erhebt, zählen Aktivitäten und Investitionen des Landes zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und der Ausbau inklusiver Arbeit an den rheinland-pfälzischen Schulen. Dringenden Handlungsbedarf sieht die GEW auch bei der Digitalisierung der Bildungsstätten sowie bei der Entlastung des Personals in Kitas und Schulen.

Dem Fachkräftemangel in den Kitas sollte das Land nach Auffassung der GEW mit einer Ausweitung der Ausbildungskapazitäten begegnen. Dazu muss das Land genügend qualifizierte Lehrkräften an den Fachschulen für Sozialwesen beschäftigen. Als eine konkrete Maßnahme zur Gewinnung dieser Lehrkräfte schlägt die GEW die Schaffung eines Lehramtsstudiengangs mit dem beruflichen Fach Sozialpädagogik in Rheinland-Pfalz vor. Darüber hinaus fordert die GEW für den Bereich der Kitas, dass die Koalitionäre eine Verbesserung bei den Zeitkontingenten für Leitungstätigkeiten beschließen.

Das Land soll schnell dafür sorgen, dass allen Schulen und Hochschulen eine gute digitale Infrastruktur zur Verfügung steht. Dazu zählen Glasfasernetze, stabile W-LAN Verbindungen, hohe Serverkapazitäten und ein dauerhafter externer technischer Support zur Pflege von Hard- und Software. Es müssen Endgeräte für alle Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Die Lehrkräfte brauchen umfangreiche Fortbildungsmöglichkeiten und mehr Zeit für die Entwicklung pädagogischer Konzepte für digital gestützten Unterricht.

Um die inklusive Arbeit an rheinland-pfälzischen Schulen bedarfsgerecht ausbauen zu können, ist es nach Auffassung der GEW notwendig, dass die Zahl der sogenannten Schwerpunktschulen noch einmal deutlich ausgeweitet wird. Zudem müssen in diesen Schulen erheblich mehr Fachkräfte beschäftigt werden. Nur so kann es gelingen, dass Kinder und Jugendliche gemeinsam länger lernen. Dabei soll laut GEW die Schaffung „Einer Schule für alle“ das Ziel einer weiteren Veränderung der Schulstruktur sein.

/-2-

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

Dem Fachkräftemangel im Förderschulbereich sollte mit einer erheblichen Steigerung der Ausbildungszahlen für das Lehramt an Förderschulen begegnet werden. Die GEW schlägt vor, der zukünftigen Universität Koblenz die Mittel für einen Studiengang Sonderpädagogik/Förderpädagogik bereitzustellen.

Die GEW erwartet, dass die Koalitionäre die Attraktivität der Beschäftigung an Grundschulen steigern und die gleiche Bezahlung dieser Lehrkräfte analog der Beschäftigten anderer Schularten beschließen. Schließlich unterscheidet sich die Arbeit der Grundschullehrkräfte in Bezug auf Wissenschaftlichkeit, Umfang und Bedeutung nicht von der Arbeit der anderen Lehrämter und stellt eine mittelbare Geschlechterdiskriminierung dar.

Gute Schule braucht multiprofessionelle Teams. Dazu muss Schulsozialarbeit endlich an allen Schularten eingeführt werden. Ganztagschulen müssen die Möglichkeit haben, in einem rhythmisierten Schulalltag zu arbeiten. Die GEW fordert entsprechende Personalkapazitäten zur Verfügung zu stellen. Befristete Arbeitsverträge und Zwangsteilzeit-Verträge lehnt die GEW ab, denn unter solchen Voraussetzungen kann pädagogisch qualifiziertes Personal nicht gehalten werden.

Schule muss ein Ort sein, an dem demokratische Werte und Normen gelernt und gelebt werden. Die Schule selbst muss demnach Handlungsfeld gelebter Demokratie sein, in dem die Würde des jeweils anderen geachtet, Toleranz gegenüber verschiedenen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Um den Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenzen zu unterstützen, sollte daher der Sozial- bzw. Gemeinschaftskundeunterricht deutlich gestärkt werden.

Queere Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte brauchen in den Schulen und auf Landesebene feste Ansprechpartnerinnen und -partner. Sie sind in ihrem Schulalltag zu begleiten, zu unterstützen und zu schützen. Geschlechtliche Diversität ist in allen Lehrplänen und Schulbüchern zu verankern. Diversität muss in Aus- und Fortbildung eine Rolle spielen.

Der Verwaltungsaufwand an Schulen ist enorm. Schulleitungen leiden unter der starken Mehrbelastung, sie finden kaum noch Zeit für Schulentwicklung. Daher ist es dringend notwendig, dass die Schulleitungspauschale erhöht wird; dies gilt speziell für Grund- und Förderschulen, insbesondere auch für die Förder- und Beratungszentren.

Für die GEW ist es dringend geboten, dass das Land den Lehrkräften weiterhin die Möglichkeit von Altersteilzeit anbietet. Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr sollen eine Altersermäßigung bei der Unterrichtsverpflichtung erhalten können. Da viele Lehrkräfte bis zur Pensionsgrenze arbeiten würden, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren könnten, würde das Land mit einem solchen Angebot nach Meinung der GEW einen wirksamen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels leisten.

Die Schulbaurichtlinien müssen dringend überarbeitet werden. Der Schulbau muss neu gedacht und auf die Aufgaben der Zukunft ausgerichtet werden. So entsprechen die bisher festgelegten Raumgrößen und vorgesehenen Raumstrukturen heute nicht den Bedürfnissen an Formen des offenen Unterrichts mit Notwendigkeiten der Individualisierung. Ökologische Aspekte und Aspekte der Nachhaltigkeit müssen beim Schulbau berücksichtigt werden. Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler müssen stärker als bisher in diese Planungen miteinbezogen werden.

Die GEW fordert die Koalitionäre auf, die Beschäftigungsperspektiven an Hochschulen und Universitäten zu verbessern. Die Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Nachwuchskräften sind zu entfristen, mehr Frauenförderung ist dringend notwendig. Zur Sicherung des Personalbedarfs und für die Entwicklung zukunftsfähiger und forschungsstarker Universitäten müssen die Mittel zur Neustrukturierung der Universitäten Kaiserslautern und Koblenz-Landau deutlich höher ausfallen als bisher geplant.

Mainz, 23.03.2021